



Eckwertebeschluss Haushalt 2013: Positives Ergebnis prognostiziert

Trotz Mehreinnahmen befinden sich die Kommunen in Baden-Württemberg weiterhin in einer angespannten finanziellen Lage. Ein klares Indiz dafür ist in 2011 der Rückgang der Sachinvestitionen um 7,2 % und der Bauinvestitionen um 9,4 %.

Im gleichen Zeitraum stieg der Schuldenstand der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg im Kämmerhaushalt um 0,11 Mrd. EUR auf 3,829 Mrd. EUR und bei den Eigenbetrieben um 0,16 Mrd. EUR auf 5,374 Mrd. EUR an. Anhand dieser Parameter wird sichtbar, dass die Kommunen keinesfalls in Geld schwimmen oder gar von goldigen Zeiten sprechen können.

Seitens der Brettener Verwaltung gibt es keine Bestrebungen, die bestehenden Hebesätze für die Grundsteuer A (300 v.H.), Grundsteuer B (370 v.H.) und Gewerbesteuer (380 v.H.) zu verändern.

Das gleiche gilt aus heutiger Sicht für die geltenden Gebührensätze und Entgelte. Beratungsbedarf zeichnet sich lediglich bei den Gebührensätzen für die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagsgebühr ab. Infolge der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zum 01. Januar 2011 wurden hier die Sätze für 2011 und 2012 beim Schmutzwasser auf 1,47 EUR pro Kubikmeter Abwasser und beim Niederschlagswasser auf 0,45 EUR pro Quadratmeter versiegelte abflussrelevante Grundstücksfläche festgelegt. Nachdem in der Zwischenzeit die endgültige Abrechnung für 2011 vorliegt und die Hochrechnungen für 2012 und 2013 laufen, wird die zu erstellende neue Gebührenkalkulation für 2013 aller Voraussicht nach bis Ende dieses Jahres dem Gemeinderat zur erneuten Beratung präsentiert. Erfreulicherweise ist nach bisherigen

Erkenntnissen mit keiner Gebührenerhöhung zu rechnen.

Nach vorläufigen Planzahlen ist die Stadt Bretten auch im neuen Haushaltsjahr 2013 in der Lage, unter Einbeziehung der im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht zu buchenden Abschreibungen einen positiven Ergebnissaldo von 2,059 Mio. EUR ausweisen zu können. Allerdings vermindert sich der Überschuss gegenüber dem Haushaltsplan 2012 um 6,022 Mio. EUR. Diese Verminderung ist im Wesentlichen auf das geringere Gewerbesteueraufkommen zurückzuführen. Das außerordentliche hohe Gewerbesteueraufkommen in 2012 wurde insbesondere durch Einzeleffekte positiv beeinflusst. Auf der Aufwandseite ist ein Anstieg von 3,59 Mio. EUR zu verzeichnen. Neben den höheren Sach- und Dienstleistungen sind hierfür die gestiegenen Finanzausgleichsumlagen und Kreisumlagen verantwortlich. Diese stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der deutlich verbesserten städtischen Steuerkraftsumme.

Die bisherige mittelfristige Finanzplanung bis 2015 sah keine Kreditneuaufnahmen vor. Unter Einbeziehung der geplanten Tilgungsleistungen würde sich die Verschuldung auf 23,8 Mio. EUR sukzessive abbauen. Bei den in Kürze anstehenden Beratungen zur neuen mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 sollte nach den Vorstellungen der Verwaltung der Fokus weiter darauf ausgerichtet sein, auf Dar-

Eckwerte für den Ergebnishaushalt:	
a) Zahlungswirksame ordentliche Erträge	59.209 TEUR
<u>davon entfallen auf:</u>	
Steuern und ähnliche Abgaben	39.801 TEUR
Laufende Zuweisungen	13.025 TEUR
Gebühren und ähnliche Entgelte	1.468 TEUR
Privatwirtschaftliche Leistungsentgelte	1.895 TEUR
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	747 TEUR
Finanzerträge	79 TEUR
Sonstige ordentliche Erträge	2.194 TEUR
b) Zahlungswirksame ordentliche Aufwendungen	53.607 TEUR
<u>davon entfallen auf:</u>	
Personalaufwendungen	12.408 TEUR
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.262 TEUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	998 TEUR
Transferaufwendungen	27.377 TEUR
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.562 TEUR
c) Zahlungsmittelüberschuss	5.602 TEUR
d) Nicht zahlungswirksame Erträge	1.307 TEUR
e) Nicht zahlungswirksame Aufwendungen	4.850 TEUR
f) Summe ordentlicher Erträge gesamt	60.516 TEUR
g) Summe ordentliche Aufwendungen gesamt	58.457 TEUR
h) Ordentliches Ergebnis	+ 2.059 TEUR

lehensneuaufnahmen gänzlich zu verzichten und die vorhandenen Liquiditätsspielräume dazu zu nutzen, um neben den planmäßigen Tilgungen bei auslaufenden Darlehensverträgen gegebenenfalls Sondertilgungen vorzunehmen. Nach dem städtischen Portfolio bieten sich hierfür in den Jahren 2013 und 2014 zwei Darlehensverträge mit einem weiteren Volumen von 4,4 Mio. EUR an.

Nach dem Eckwertebeschluss durch den Gemeinderat wird das Kämmereiamt in Abstimmung mit den Dezernenten die beschlossenen Budgetvolumina auf die einzelnen Teilhaushalte und Budgets unter Berücksichtigung der individuellen Aufgabenstellungen und Zielvorgaben aufteilen.

Auf dieser Basis wird dann der Entwurf des Ergebnishaushalts aufgestellt. Parallel dazu wird die Verwaltung den Finanzhaushaltsentwurf erstellen und die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2016 fortschreiben.

Das weitere Prozedere des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens sieht am 23. Januar 2013 die verwaltungsinternen Beratungen und am 22./23. Februar 2013 die Haushaltsklausur mit dem Gemeinderat und den Ortsvorstehern vor.

Die öffentliche Beratung und Beschlussfassung des vollständigen Haushalts 2013 einschließlich des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Bretten ist im März 2013 terminiert.

Entscheidungen im Gemeinderat Sitzung vom 23.10.2012

1. Einstimmig wurde der Eckwertebeschluss für den Haushalt der Stadt Bretten für das Haushaltsjahr 2013 gebilligt. (Details nebenstehend)
2. Alle Stadträtinnen und Stadträte haben dem Lagebericht und dem Jahresabschluss 2011 der Kommunalbau GmbH Bretten zugestimmt und ermächtigten den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:
Den Jahresabschluss 2011 in der vorgelegten Form festzustellen; den Jahresfehlbetrag in Höhe von 90.665,44 € mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr zu verrechnen und den Bilanzgewinn in Höhe von 948.096,34 auf die neue Rechnung vorzutragen sowie der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
3. Bei zwei Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen stimmte der Gemeinderat der Beteiligung der Stadtwerke Bretten GmbH an der Windpool GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M. mit einem Kommanditkapital von 1 Mio € zu und ermächtigte OB Wolff in der Gesellschafterversammlung den entsprechenden Beschluss zu fassen.
4. Alle Stadträtinnen und Stadträte stimmten der Beteiligung der Stadtwerke Bretten GmbH an der SüdwestStrom Windpark Suckow GmbH & Co. KG, Tübingen in Höhe von 66 kW bei einem Eigenkapital von voraussichtlich 229.770,00 € zu und ermächtigten OB Wolff in der Gesellschafterversammlung den entsprechenden Beschluss zu fassen.
5. Einstimmig befürwortete der Gemeinderat die Defizitzuschussung des CAP-Mobils der multicap gGmbH in Höhe von max. 2.500 € jährlich zu.
6. Einstimmig billigte der Gemeinderat die Entwurfsplanung für die Aussehungshalle Büchig und fasste den Baubeschluss. Beschlossen wurde eine Mittelaufstockung von 30.000 € im Haushalt 2013.
7. Einstimmig billigte der Gemeinderat die Entwurfsplanung für das Feuerwehrhaus Dürrenbüchig und fasste den Baubeschluss. Beschlossen wurde eine Mittelaufstockung von 150.000 € im Haushalt 2013.
8. Einstimmig wurde die Firma Kirchhoff/Karlsruhe mit den Tiefbau- und Straßenbauarbeiten in der Eppinger Straße im Stadtteil Gölshausen zum Angebotspreis von 319.942,01 beauftragt. Beschlossen wurde eine Mittelaufstockung von 90.000 € im Haushalt 2013.
9. Einstimmig wurde die Entwurfsplanung zur Sanierung der Felswand in Kleiststraße zur Kenntnis genommen und der Baubeschluss gefasst.

MPR baut Kooperationsnetzwerk aus Die Max-Planck-Realschule kooperiert künftig mit der Neff GmbH, der AOK Mittlerer Oberrhein und der Volksbank Bruchsal-Bretten unter dem Dach der IHK-Initiative „Wirtschaft macht Schule“.

Bei der feierlichen Unterzeichnung der Kooperationsverträge lobte Bürgermeister Willi Leonhardt den Mut, sich gemeinsam dem Wandel zu stellen und so Synergieeffekte für Schule als auch für die Wirtschaft zu nutzen. „Ausbildung bringt die besten Zinsen“ stellte BM Leonhardt heraus. Eine Kooperation aus Schule und Wirtschaft liefere hierzu die „besten Konditionen“. Er würdigte die Weitsicht der Realschule und blickte angesichts der Kooperationsvereinbarung optimistisch in die Zukunft. Schulleiter Martin Knecht unterstrich, dass mit der Zusammenarbeit ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung seiner Schule gesetzt werde. Mit ca. 900 Schülern stellt die Brettener MPR die größte Realschule im gesamten Landkreis Karlsruhe. Daher sei es richtig und wichtig, mittels enger Kontakte zur örtlichen Wirtschaft, den Schülerinnen und Schülern die Wahl und den Einstieg in den Beruf so fließend und unproblematisch wie möglich zu gestalten. Den anwesenden Schülerinnen und Schüler verdeutlichte Roland Schäfer, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Bruchsal-Bretten,

die Bedeutung „praxis- und berufsorientierten Wissensvermittlung“ im Rahmen des Projekts „Wirtschaft macht Schule“. Die Volksbank werde die Jugendlichen bei der Zusammenstellung einer attraktiven Bewerbungsmappe beratend zur Seite stehen und Tipps für die Bewerbungsgespräche geben. Der stv. Geschäftsführer der AOK Mittlerer Oberrhein, Bernhard Ibach, nannte die IHK-Kampagne ein „Erfolgsmodell für Ausbildungssuchende wie - anbietende“. Iris Karcher, Personalleiterin der Neff GmbH, hob hervor, dass die Fa. Neff bereits seit neun Jahren eine enge Zusammenarbeit mit der Realschule pflege. Nichtsdestotrotz wolle man diese Zusammenarbeit unter dem Dach der IHK nun intensivieren und ausbauen. Alfons Moritz, Geschäftsbereichleiter Berufsbildung der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe freute sich über die hohe Akzeptanz in Schulen wie Wirtschaft bei bereits 674 unterzeichneten Kooperationsverträge im Landkreis. Den Jugendlichen gab er mit auf den Weg, dass sie „beste Perspektiven“ in der Region Karlsruhe haben.

Ehemaliges „Blusch-Areal“: Rückbau



Vorige Woche begann die Rückbaumaßnahme des ehemaligen „Blusch-Areals“ in der Melanchthonstraße 125 - 133. Das Gelände ist im Eigentum der stadtigenen Kommunalbau GmbH und liegt inmitten des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets „Bretten-West / Güterbahnhof“.

Auf einer Grundstücksfläche von rund 6.500 m² erfolgt ein Gebäuderückbau von ca. 25.000 cbm sowie eine Entsorgung von knapp 10.000 Tonnen Abbruchmaterial. Die Abbrucharbeiten werden von der Firma Libare GmbH aus Winterlingen durchgeführt und bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die gesamte Abbruchmaßnahme wird von Bund und Land im Rahmen der Städtebauförderung finanziell unterstützt.

Nach der Freiräumung des gesamten Areals soll eine Neubebauung im Bereich Wohnen erfolgen. Eine erste Projektierung eines interessierten Investors wird derzeit erstellt.

Die Zukunft der Rechbergklinik: Altersmedizin - und was noch?

Am Donnerstag, dem 25. Oktober 2012, wird der Verwaltungsausschuss des Kreistags in öffentlicher Sitzung über „die ersten grundsätzlichen Überlegungen für ein einheitliches Plankrankenhaus der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH mit den beiden Standorten Bruchsal und Bretten“ informiert.

Es ist vorgesehen, dass der Verwaltungsausschuss die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat bis zur Kreistagsitzung am 23. November 2012 die Eckpunkte vorzulegen.

Zwar wird in den bereits genannten Eckpunkten die Sicherung der Grund- und Regelversorgung sowie Notfallversorgung genannt, aber unfallchirurgische Eingriffe sollen schwerpunktmäßig in Bruchsal durchgeführt werden - ein Widerspruch in sich.

In Bretten müssen weiterhin rund um die Uhr auch notfallmedizinische Operationen möglich sein. Dies gehört ohne Wenn und Aber zur

Grundversorgung einer Klinik in einem Mittelzentrum mit einem Einzugsbereich von rund 60.000 Einwohnern.

Es ist auch nicht akzeptabel, dass - wie beschrieben - nur in Bruchsal eine Schlaganfallklinik vorhanden sein soll. Eine solche gut ausgebaut ist in Bretten bereits seit Jahren erfolgreich tätig. Gerade bei Schlaganfällen kommt es auf jede Sekunde an; deshalb ist der Erhalt der Schlaganfallklinik in Bretten unabdingbar.

Die in der Vorlage genannten Schwerpunkte für Bretten sind alle der Geriatrie/Altersmedizin zuzuordnen - das kann ja wohl nicht alles sein! Weitere Schwerpunkte sollen mit den Chefsärzten beider Häuser diskutiert werden.

In der aktuellen Diskussion über das medizinische Leistungsangebot wird sich Oberbürgermeister Martin Wolff weiter vehement für eine akzeptable künftige Ausrichtung der Rechbergklinik einsetzen - auch in Absprache mit den Bürgermeistern/innen aus dem Einzugsgebiet des Krankenhauses. Die künftige Palette medizinischer Leistungsangebote an der Rechbergklinik beschäftigt und bewegt die Bürgerinnen und Bürger sehr; das zeigt auch das große Interesse an den Aktivitäten der Bürgerinitiative in Bretten und in den benachbarten Kommunen.

